

vation als wachsende Gestaltungs- und Umgestaltungsfreiheit gegenüber bestehenden gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen Verhältnissen.

Österreich und die österreichische Demokratie können durchaus politische Experimente zulassen, ohne befürchten zu müssen, dass eine solche Öffnung zu nicht vollständig Berechenbarem die demokratischen Errungenschaften der 2. Republik zerstören wird. Die 2. Republik hat bisher vor allem auf die Ergebnisse, auf die inhaltliche Qualität der Politik geachtet: Sicherheit, Wohlstand, innerer Friede.<sup>13</sup> Eben weil die 2. Republik, nicht zuletzt wegen der Effekte der Sozialpartnerschaft, so erfolgreich war und ist, verschiebt sich die Priorität zunehmend auf die Beteiligungsformen, auf die prozessuale Qualität der Politik: Bürgerbeteiligung, Zugangsgleichheit, Öffentlichkeit.<sup>14</sup> Und parallel dazu blickt eine neue Generation von immer besser gebildeten Österreicher(innen) auf die Konfliktlinien, an denen die Sozialpartnerschaft vorbeigegangen ist, vorbeigehen musste, aufgrund ihrer Strukturen weiterhin wird vorbeigehen müssen: Ökologie und Begrenztheit der Natur, Generationen und Vernachlässigung des Faktors Zeit, Geschlechter und faktische Diskriminierung der Frauen.

Die 2. Republik Österreich hat bisher als Modell einer Konkordanzdemokratie gegolten<sup>15</sup> – statt des Wettbewerbs um Wählerstimmen war die Kompromissbereitschaft und Kompromissfähigkeit der politischen Eliten der bestimmende Faktor. Gegenwart und Zukunft weisen jedoch auf eine deutliche Abnahme der Konkordanzdemokratie zugunsten einer Konkurrenzdemokratie. Österreich teilt diese «Tendenzwende» in Richtung einer verstärkten politischen (und auch wirtschaftlichen) Wettbewerbsorientierung mit anderen «Modelländern» der Konkordanzdemokratie – etwa mit der Schweiz und mit den Niederlanden.<sup>16</sup>

Österreich hat damit keineswegs aufgehört, Konkordanzdemokratie zu sein. Doch in das vom Wunsch nach Harmonie geprägte Konzert der kompromissbereiten und kompromissfähigen, traditionellen Eliten mischen sich zunehmend Töne eines nicht von vornherein und von oben kanalisiert, mehr oder weniger gesteuerten Konfliktverhaltens. Das Parteiensystem wird komplexer, die Eindeutigkeit der beherrschenden Konfliktlinien nimmt ab, Mehrfachloyalitäten – die Parteien und Verbände aneinander binden – gehen zurück.

<sup>13</sup> Katzenstein 1984, 133–161.

<sup>14</sup> Gerlich 1985.

<sup>15</sup> Steiner 1972, 409–426.

<sup>16</sup> Vgl. Lehnbruch 1984, ders. 1985.